



- Beschluss -

Einbringer

Politik Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion DIE LINKE und
PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ, SPD-Fraktion

<i>Gremium</i>	<i>Sitzungsdatum</i>	<i>Ergebnis</i>
Ausschuss für Bildung, Kultur, Universität, internationale Beziehungen und Wissenschaft (BiA)	16.11.2022	ungeändert abgestimmt
Hauptausschuss (HA)	21.11.2022	auf TO der BS gesetzt
Bürgerschaft (BS)	12.12.2022	vertagt
Bürgerschaft (BS)	19.12.2022	ungeändert beschlossen

Solidarität mit den Protesten an der Universität Greifswald

Beschluss:

Die Greifswalder Bürgerschaft solidarisiert sich mit den Protesten und Anliegen der Studierenden, Lehrenden und Angestellten der Universität Greifswald und fordert die Landesregierung auf, ihrer Verantwortung für unsere Universität gerecht zu werden und keine weiteren Kürzungen bei der Finanzierung der Universität vorzunehmen. Eine auskömmliche Finanzierung für die Universität und das Studierendenwerk ist sicherzustellen.

Die Greifswalder Bürgerschaft fordert den Oberbürgermeister und die Greifswalder Landtagsabgeordneten aller demokratischen Parteien auf, sich bei der Landesregierung mit Nachdruck für eine auskömmliche Finanzierung einzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	1

Anlage 1 medieninformation_uni-greifswald_2022-09-29_öffentlich



Egbert Liskow

Egbert Liskow
Präsident der Bürgerschaft



Medieninformation

Appell des Senats zur auskömmlichen Finanzierung der Universität Greifswald

Universität Greifswald, 29.09.2022

Der Senat der Universität Greifswald hat einen Appell an die Landesregierung verfasst, in dem er die Landesregierung vor dem Hintergrund der gegenwärtigen globalen Krisen auffordert, ihrer Verantwortung für die Hochschulen im Land gerecht zu werden und eine auskömmliche Finanzierung der Universität Greifswald sicherzustellen.

Der Appell im Wortlaut

Die sich überlagernden gegenwärtigen globalen Krisen - vom Klimawandel über die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie bis hin zu den aktuellen Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine für die Energieversorgung - betreffen uns alle. Sie verunsichern und belasten die Menschen in Deutschland und weltweit. Gerade in derartigen Krisenzeiten kommt den Universitäten und Hochschulen eine enorme Bedeutung zu. Die Universität Greifswald ist Stätte der Innovation, größte Arbeitgeberin der Region und ein bedeutender Motor der regionalen Entwicklung in einem strukturschwachen Bundesland. Wir gewinnen junge Menschen für Mecklenburg-Vorpommern und schaffen Perspektiven für diese im Land. Wir sind Ausbildungsort junger Menschen, die u. a. als zukünftige Lehrer*innen, Rechtsanwält*innen, Psycholog*innen, Ärzt*innen und Naturwissenschaftler*innen die Zukunftsfähigkeit des Landes sichern. Auch für die Phase nach dem Ende der gegenwärtigen Krise sind wir ein wesentlicher Impulsgeber für die regionale Wirtschaft und das Land und bieten Lösungsansätze für wichtige gesellschaftliche Kernthemen, wie den Klimawandel, die Pandemiebewältigung und die Digitalisierung.

Vor diesem Hintergrund ist es absolut unverständlich, dass die Landesregierung - im Gegensatz zu vergleichbaren strukturschwachen Bundesländern - die Hochschulen bei den exorbitant gestiegenen Energiekosten bislang von jeglicher Unterstützung ausnimmt. Während Schulen und die Landesverwaltung keine separaten Haushalte haben und Mehrkosten automatisch aufgefangen werden, sind die Hochschulen gänzlich auf sich allein gestellt. Der in der Zielvereinbarung zwischen der Universität Greifswald und dem Land vorgesehene Landeszuschuss ist angesichts der absehbaren Mehrkosten für die Bewirtschaftung von mindestens 8 Millionen Euro für 2023 völlig unzureichend. Dies kommt einer massiven Budgetkürzung für Lehre, Forschung und Transfer gleich.

Verschärfend kommt hinzu, dass das Land eine einschneidende Kürzung der Rücklage der Universität Greifswald plant. Dies würde die Arbeitsfähigkeit der Universität Greifswald sowie die Fähigkeit zur Krisenbewältigung drastisch einschränken. Diese Rücklagen sind bereits gebunden. Kürzungen würden dazu führen, dass dringend nötige energetische Sanierungsmaßnahmen von Gebäuden nicht mehr umsetzbar wären.

Der Senat der Universität Greifswald fordert daher

- die Übernahme der zusätzlichen Bewirtschaftungskosten,
- keine Kürzung der Rücklagen,
- die Finanzierung weitergehender Energiesparmaßnahmen (Photovoltaik, Gebäudetechnik, Dämmung, Energiesparlampen etc.),

- eine Erhöhung des Landeszuschusses für die Studierendenwerke, um Kostensteigerungen für Studierende (Mensa, studentisches Wohnen etc.) zu kompensieren.

Sollte das Land seiner Verantwortung für die Hochschulen nicht gerecht werden und einer auskömmlichen Finanzierung von Lehre, Forschung und Transfer in Krisenzeiten nicht nachkommen, muss die Universität Greifswald zeitnah drastische Kürzungen, einschließlich des Personalbereichs, ergreifen. Dies führt dazu, dass

- die gesetzlich verankerten Aufgaben in Forschung, Lehre, Transfer nicht mehr erfüllt werden können,
- dadurch die Attraktivität des Hochschulstandortes Mecklenburg-Vorpommern in allen Bereichen langfristig Schaden nimmt und damit der Zustrom junger Menschen abnimmt,
- die Konkurrenzfähigkeit im nationalen und internationalen Wettbewerb - auch um die "besten Köpfe" - gefährdet wird,
- die Infrastruktur für die Ausbildung von Studierenden und für die Forschung nicht mehr aufrechterhalten werden kann und nachhaltig Schaden erleidet.

Der Senat der Universität Greifswald appelliert daher eindringlich an die Landesregierung, umgehend die oben genannten Maßnahmen zu ergreifen und der Verantwortung für die Hochschulen im Land nachzukommen.

Ansprechpartner*innen an der Universität Greifswald

Senatsvorsitzender

Prof. Dr. Uwe Bornscheuer

Telefon 03834 420 4367

uwe.bornscheuer@uni-greifswald.de

Hochschulkommunikation

Julia Lammertz

Telefon 03834 420 1150

pressestelle@uni-greifswald.de